

**Inhalt**

I. Höhe des Eigenbehalts im Fall einer stationären Pflege von getrennt lebenden Ehepartnern	1
1. Beihilfefähigkeit von Medizinprodukten	1
2. Regelungsbefugnisse des Gemeinsamen Bundesausschusses	2
II. Neues auf Rehmnetz	3
Beamtenblog	3

I. Höhe des Eigenbehalts im Fall einer stationären Pflege von getrennt lebenden Ehepartnern

*von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München*

Zu den Aufwendungen für Pflegeleistungen, die die im Beihilferecht des Bundes und der Länder geregelte beihilfefähige Obergrenzen überschreiten (z. B. § 36 Abs. 3 BayBhV, § 39 Abs. 2 BBhV) sowie für Kosten für Unterkunft und Verpflegung einschließlich der Investitionskosten wird nur dann eine Beihilfe gewährt, wenn diese einen einkommensabhängigen Eigenanteil übersteigen. Der Eigenbehalt erfasst bestimmte, im jeweils maßgeblichen Beihilferecht exakt definierten Einkommensbestandteile sowohl des Beihilfeberechtigten als auch des Ehegatten bzw. Lebenspartners im Sinn des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Die Bewertung der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der zuletzt genannten Personengruppe erfolgt an-hand deren Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG), in Abhängigkeit von einem im jeweiligen Beihilferecht vorgegebenen Bezugsjahr (z. B. § 39 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 BBhV bzw. § 36 Abs. 3 Satz 2 BayBhV).

Werden bei verheirateten bzw. verpartnerten, jedoch getrennt lebenden Ehegatten bzw. Lebenspartnern mit getrennter Veranlagung zur Einkommensteuer vom Beihilfeberechtigten freiwillige Unterhaltszahlungen an den Ehegatten/Lebenspartner geleistet, geht damit beim getrennt lebenden Ehegatten/Lebenspartner die erhaltene freiwillige Unterhaltszahlung in den Gesamtbetrag seiner Einkünfte ein. Dies führt im Ergebnis dazu, dass die freiwillige Unterhaltszahlung des einen Ehegatten/Lebenspartners im Rahmen der Einkommensberechnung des Ehegatten/Lebenspartners z. B. nach § 39 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 BBhV bzw. § 36 Abs. 3 Satz 2 BayBhV berücksichtigt werden, jeweils mit entsprechender zeitlicher Verzögerung.

Dieses einkommensteuerrechtliche Realsplitting kann bis zu 13.805 €/ Jahr steuermindernd berücksichtigt werden (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG), wenn beide Partner der Anwendung dieses Verfahrens zustimmen. Hierbei handelt es sich um eine steuerliche Tarifvergünstigung, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Partners erhöht.

1. Beihilfefähigkeit von Medizinprodukten

Das Bundesverwaltungsgericht (Urteil vom 26. März 2015, 5 C 9.14) hatte über den Ausschluss der Beihilfefähigkeit nach dem Beihilferecht des Landes Berlin



Produktipp

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

v. Roetteken / Rothländer

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



6192 Seiten,
Loseblattwerk zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.



zu entscheiden. Die zuständige Festsetzungsstelle lehnte eine Beihilfegewährung zu den Aufwendungen für Hyaluronsäurepräparat „Ostenil“ mit der Begründung ab, dass es sich bei „Ostenil“ um ein Medizinprodukt handele, das nach der auch im Beihilferecht (des Landes Berlin) zu beachtenden Richtlinie des gemeinsamen Bundesausschusses über die Versorgung mit Arzneimitteln nicht erstattungsfähig sei.

Entscheidungserheblich war somit die Frage, ob die in § 22 Satz 2 LBhVO Berlin enthaltene doppelte dynamische Verweisung auf § 31 Abs. 1 Satz 2 und 3 SGB V sowie die entsprechende Richtlinie nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 SGB V, wonach nur bestimmte Medizinprodukte beihilfefähig sind, zu denen Hyaluronsäurepräparate nicht zählten, rechtlich zulässig ist.

Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts ist die Beihilfefähigkeit für die genannten Präparate nach den genannten Bestimmungen des Beihilferechts des Landes Berlin in rechtlich zulässiger Weise ausgeschlossen. Insbesondere genügt diese Ausschlussregelung den Anforderungen des Grundsatzes des Vorbehalts des Gesetzes. Bzgl. der rechtlichen Legitimation des Gemeinsamen Bundesausschusses in Fragen der Rechtsetzung, d. h. Gestaltung des Leistungsrechts durch Richtlinien, vgl. jedoch die nachfolgende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

2. Regelungsbefugnisse des Gemeinsamen Bundesausschusses

Im Beschluss vom 10. November 2015 (1 BvR 2056/12) hatte das Bundesverfassungsgericht u. a. über die normative Zuständigkeit des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zu entscheiden. Zwar wurde die Verfassungsbeschwerde gegen ein entsprechendes Urteil des Bundessozialgerichts als unzulässig abgelehnt. Dennoch hat das Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen, dass bzgl. der demokratischen Legitimation der Tätigkeit des G-BA generelle und allgemeine Bedenken bestehen können, die im vorliegenden Fall jedoch nicht substantiiert vorgetragen wurden. Es ist davon auszugehen, dass künftig hierzu eine rechtliche Klärung durch das Bundessozialgericht erfolgen wird.

Damit hat diese Entscheidung auch Bedeutung für das Beihilferecht des Bundes. Denn nach § 7 BBhV erfolgt eine Verweisung auf den Leitungsstandard des SGB V. Ausdrücklich wird hierbei bzgl. der Rechtsanwendung – unter Berücksichtigung des Fürsorgegrundsatzes nach § 78 BBG – u. a. auf Richtlinien des G-BA im Sinn des § 91 SGB V verwiesen.



Produkt Tipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.412 Seiten
Loseblattwerk
zzgl. Aktualisierungslieferungen
In 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.



Newsletter Beamtenrecht

Ausgabe 1, Januar 2016

Es bleibt abzuwarten, ob und ggf. welche Konsequenzen das Bundesministerium des Innern, die im Bereich des Bundes für die Anwendung des Beihilferecht federführende Stelle, hieraus ziehen wird.

*Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München*

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Ausbildungsrichtlinien des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales enthalten Rechtsverstoß](#)

[Das Alimentationsprinzip](#)

[Peinlicher Fehler des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales?](#)